

sachkundige Einwohner

Herr Andreas Koch	BürgerBündnis	nicht entschuldigt
Frau Julia Laabs	DIE aNDERE	entschuldigt
Frau Kerstin Sammer	CDU	nicht entschuldigt

Gäste:

Herr Thomas Brincker	Jobcenter LHP zu TOP 4
Herr Bodo Killat	Potsdamer Tafel zu TOP 7.2 und 7.3
Herr Dirk Brigmann	Volkssolidarität zu TOP 7.2 und 7.3
Frau Angela Schweers	Arbeiterwohlfahrt zu TOP 8.4
Frau Yvette Teschner	Bereich Steuern zu TOP 7.1
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Herr Fabian Dübner	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration zu TOP 5
Frau Uta Kitzmann	Fachbereich Soziales und Inklusion
Frau Bettina Hildebrandt	Bereich Inklusion und Hilfe zur Pflege zu TOP 6
Herr Conrad Kulawick	Bereich Inklusion und Hilfe zur Pflege zu TOP 6
Frau Martina Spyra	Schritfführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
29.03.2022
- 3 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion
- 4 Bericht über die Arbeit des Jobcenters der Landeshauptstadt Potsdam
(Rückblick - Ausblick)
- 5 Bericht über die Arbeit des Bereiches Arbeit und Integration der
Landeshauptstadt Potsdam (Rückblick - Ausblick)
- 6 Poolen von Assistenz in Schulen nach dem SGB IX und VIII
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Befreiung von der Zahlung der Hundesteuer
Vorlage: 22/SVV/0311
Fraktion DIE LINKE
- 7.2 Gemeinsamer Standort für die Potsdamer Tafel und Suppenküche
Vorlage: 22/SVV/0361
Fraktion SPD
- 7.3 Stellenschaffung für eine gemeinsame sozialpädagogische Fachkraft für
Potsdamer Tafel und Suppenküche
Vorlage: 22/SVV/0363
Fraktionen SPD
- 7.4 Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz
Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0367
Fraktionen SPD, DIE LINKE

- 7.5 Sitzungskalender 2023
Vorlage: 22/SVV/0370
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Strategische Projekte für die Planung DHH 2023/24
Vorlage: 22/SVV/0352
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung
- 8.2 Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen in den städtischen Betrieben
Vorlage: 22/SVV/0349
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 8.3 Kommunaler sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland
Vorlage: 22/SVV/0310
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 8.4 Bericht zur amtlichen Wohnungslosenstatistik
- 8.5 Bericht zum Zweckentfremdungsverbot
- 8.6 Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung
- 8.7 Sachstandsinformation zum Armutsbericht
- 8.8 Richtlinie zur Förderung Projekten freier Träger
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Uwe Adler.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.03.2022

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Anschließend stellt Herr Adler stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 29.03.2022 zur Abstimmung. Die Niederschrift wird mit 6 Zustimmungen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich **bestätigt**.

Herr Adler bittet um Abstimmung über die Tagesordnung. Er informiert, dass die Mitteilungsvorlage 22/SVV/349 „Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen in den städtischen Betrieben“ (TOP 8.2) auf Wunsch von Frau Dr. Denninger zurückgestellt werden soll. Ebenfalls zurückgestellt wird die Drucksache

22/SVV/0367 „Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Potsdam“ (TOP 7.4). Des Weiteren schlägt Herr Adler vor, den TOP 8.4 in der Reihenfolge der Beratung vorzuziehen und nach TOP 3 zu behandeln.

Herr Eichert schlägt vor, die Vorlagen 22/SVV/0361 „Gemeinsamer Standort für die Potsdamer Tafel und Suppenküche“ (TOP 7.2) und 22/SVV/0363 „Stellenschaffung für eine gemeinsame sozialpädagogische Fachkraft für Potsdamer Tafel und Suppenküche“ (TOP 7.3) heute in erster Lesung zu behandeln, um sich dazu nochmal in den Fraktionen verständigen zu können. Des Weiteren bittet Herr Eichert, dass zukünftig Berichte mindestens 2 Tage vor der Sitzung ausgereicht werden, um sich auf die Sitzungen vorbereiten zu können.

Frau Meier macht deutlich, dass dies nicht bei allen Berichten zu realisieren ist. Sie sagt zu, dies so zu handhaben, wo es möglich ist.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 8 Zustimmungen einstimmig **bestätigt**.

Herr Adler bittet um Abstimmung über die Erteilung der Rederechte für Frau Schweers zum TOP 8.4 sowie für Herrn Briggmann und Herrn Killat zu den Tagesordnungspunkten 7.2 und 7.3.

Der Erteilung der Rederechte wird mit 8 Zustimmungen einstimmig **zugestimmt**.

zu 3 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion

Herr Adler bittet darum, dass die Beiräte zukünftig ihre Berichte spätestens einen Tag vor der Sitzung schriftlich vorlegen.

Der Bericht des Migrantenbeirates liegt schriftlich vor und wird zur Kenntnis genommen.

Herr Mundt berichtet, dass der Seniorenbeirat derzeit intensiv an der Vorbereitung der Seniorenwoche arbeitet, die vom 10. bis 27. Juni 2022 stattfindet. Deshalb erfolgt kein gesonderter Bericht. Das Programm zur Seniorenwoche wurde als Tischvorlage ausgereicht.

zu 4 Bericht über die Arbeit des Jobcenters der Landeshauptstadt Potsdam (Rückblick - Ausblick)

Herr Brincker gibt anhand der als Anlage beigefügten Präsentation einen Überblick über die Arbeit des Jobcenters.

Herr Brincker beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Frau Meier bedankt sich für die Unterstützung der 8 Kolleginnen und Kollegen aus dem Jobcenter bei der Abarbeitung der Anträge der Ukraine-Geflüchteten. Dabei macht sie deutlich, dass die größte Herausforderung ist, dass bei einem späteren Übergang der Ukraine-Geflüchteten in das SGB II, die Leute nicht in Arbeit gebracht werden können. Die Überführung soll möglichst schnell erfolgen, ist aber in Berlin und Brandenburg eine Herausforderung, da wesentlich mehr Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen wurden als laut Königsteiner Schlüssel aufgenommen werden müssen.

zu 5 Bericht über die Arbeit des Bereiches Arbeit und Integration der Landeshauptstadt Potsdam (Rückblick - Ausblick)

Herr Dübner gibt anhand der als Anlage beigefügten Präsentation einen Überblick über die Arbeit des Bereichs Arbeit und Beschäftigung.

Herr Dübner beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder.

zu 6 Poolen von Assistenz in Schulen nach dem SGB IX und VIII

Herr Kulawick stellt anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die Poollösung für Assistenzen in Schulen vor und gibt Erläuterungen.

Herr Kulawick beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Von Seiten der Ausschussmitglieder wird um weitere Informationen gebeten. Es wird verabredet, dass die Ausschussmitglieder ihre Fragen schriftlich an Frau Spyra schicken, die dann die Koordinierung übernimmt.

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 7.1 Befreiung von der Zahlung der Hundesteuer

Vorlage: 22/SVV/0311

Fraktion DIE LINKE

Frau Schulze bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Teschner erklärt, dass die Hundesteuer eine Aufwandssteuer ist. Diese dient der Erzielung von Einnahmen. Des Weiteren verweist sie auf den § 4 der bestehenden Satzung, der bereits Befreiungstatbestände enthält. Auch der Gleichheitsgrundsatz ist einzuhalten. Frau Teschner weist auch darauf hin, dass eine monatliche Zahlung der Hundesteuer möglich ist.

Frau Schulze bittet um Ausreichung der von Frau Teschner vorgetragenen Argumente über Frau Spyra, um dies am kommenden Montag in der Fraktion beraten zu können. Sie stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: Zurückstellung des Antrages.

Herr Adler stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Mit 6 Zustimmungen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich **angenommen**.

Somit wird die Drucksache zurückgestellt.

zu 7.2 Gemeinsamer Standort für die Potsdamer Tafel und Suppenküche

Vorlage: 22/SVV/0361

Fraktion SPD

Herr Adler bringt die Anträge 22/SVV/0361 und 22/SVV/0363 ein und begründet diese. Da beide Anträge inhaltlich zusammenpassen, erfolgt die gemeinsame Beratung dazu.

Herr Brigmann (Geschäftsführer Volkssolidarität) erklärt, dass mit der Pandemie erhebliche Einschränkungen für die Suppenküche entstanden sind. Dabei wurde festgestellt, dass die Räume für diese Situation zu eng sind. Er berichtet, dass es seit 2020 eine noch engere Kooperation mit der Potsdamer Tafel gibt und macht deutlich, dass die Lebensmittel, die die Tafel bekommt und nicht ausreichen kann, in der Suppenküche verkocht werden können.

Auch zu der Idee des Sozialarbeiters ist es 2020 gekommen, da festgestellt wurde, dass mit den vorhandenen Angeboten nicht alle erreicht werden können, die bedürftig sind. Es gibt viele Familien mit Kindern, die Beratungsbedarf haben.

Herr Killat (Leiter der Ausgabestelle der Tafel Potsdam) ergänzt, dass vor dem Ukraine-Krieg pro Woche ca. 1.200 Kunden mit Lebensmitteln versorgt wurden Aktuell werden ca. 1.700 Kunden mit Lebensmitteln versorgt. Das bedeutet, dass auch die Schlangen an der Ausgabestelle in der Drewitzer Straße sehr lang sind. Es wird mehr Platz für die Ausgabe benötigt. Eine Zusammenführung von Suppenküche und Tafel wird durch ihn als unumgänglich angesehen. Durch einen Sozialarbeiter vor Ort würde es ein niederschwelliges Angebot für die Kunden geben.

Frau Meier vermutet, dass viele Tafel-Kunden Anspruch auf Grundsicherung im Alter oder auf Hilfe zur Pflege haben. Auch bei den Familien gibt es viele, denen nicht bekannt ist, welche Leistungen ihnen zustehen. Hier ist eine niederschwellige Beratung erforderlich, um die Menschen zu erreichen.

Es erfolgt eine Diskussion zu beiden Drucksachen, bei der auch Nachfragen der Ausschussmitglieder beantwortet werden.

Herr Jekel betont, dass Tafel und Suppenküche sich stark aufeinander zubewegt und ihre Zusammenarbeit verstärkt haben. Er macht deutlich, dass gemeinsam überlegt werden muss, wie die Kooperation gestärkt werden kann. In einem zweiten Schritt sollte nach einem geeigneten Standort geschaut werden. Er wirbt dafür, dass auch die Verwaltung als Kooperationspartner gesehen werden.

Frau Meier spricht sich für eine gemeinsame Beratung dazu aus. Es sollte auch eine zentrale Logistik und dezentrale Ausgabestellen dabei mit betrachtet werden.

Sie schlägt vor, eine Runde mit beiden Trägern und der Verwaltung durchzuführen und dann einen Vorschlag zu unterbreiten.

Der Termin wird in der nächsten Ausschusssitzung bekanntgeben.

Die Vorlage wird zurückgestellt bis September/Oktober 2022, aber noch vor den Haushaltsberatungen 2023/2024.

zu 7.3 Stellenschaffung für eine gemeinsame sozialpädagogische Fachkraft für Potsdamer Tafel und Suppenküche

Vorlage: 22/SVV/0363

Fraktionen SPD

Siehe Beratung zu TOP 7.2 – DS 22/SVV/0361.

Die Vorlage wird zurückgestellt bis September/Oktober 2022, aber noch vor den Haushaltsberatungen 2023/2024.

zu 7.4 Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0367
Fraktionen SPD, DIE LINKE

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 7.5 Sitzungskalender 2023
Vorlage: 22/SVV/0370
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Adler schlägt vor zu überlegen, ob die für den 13.06.2023 geplante Sitzung des GSWI-Ausschusses auf den 04.07.2023 geschoben werden soll, da Überweisungen aus der SVV vom 07.06.2023 aufgrund der Ladungsfrist nicht behandelt werden können, aber auch vor dem Hintergrund, dass die nächste GSWI-Sitzung erst am 19.09.2023 stattfindet.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2023 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Mit folgender Änderung:

Die für den 13.06.2023 geplante Sitzung des GSWI-Ausschusses wird auf den 04.07.2023 verschoben.

Abstimmungsergebnis:

Mit 8 Zustimmungen einstimmig angenommen.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Adler schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 8.1, 8.3, 8.5, 8.6 und 8.7 bis zur nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses zurückzustellen, aber trotzdem die vorgesehenen Präsentationen als Anlage zur Niederschrift auszureichen. Er stellt dies zu Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Dem Vorschlag wird mit 6 Zustimmungen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

zu 8.1 Strategische Projekte für die Planung DHH 2023/24
Vorlage: 22/SVV/0352
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung

Die Mitteilungsvorlage wird zurückgestellt und anhand der als Anlage ausgereichten Präsentation in der nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses thematisiert.

zu 8.2 Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen in den städtischen Betrieben

Vorlage: 22/SVV/0349

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Die Mitteilungsvorlage wird zurückgestellt.

zu 8.3 Kommunalen sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland

Vorlage: 22/SVV/0310

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Die Mitteilungsvorlage wird zurückgestellt und anhand der als Anlage ausgereichten Präsentation in der nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses thematisiert.

zu 8.4 Bericht zur amtlichen Wohnungslosenstatistik

Herr Jekel stellt anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die amtliche Wohnungslosenstatistik 2022 vor und gibt Erläuterungen dazu. Anschließend stellt Frau Schweers anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die Einschätzung der AWO dar.

Frau Meier macht deutlich, dass der Anteil an Kindern in Wohnungslosigkeit sehr hoch ist. Hier muss genau hingesehen werden.

Auf Nachfrage teilt Herr Jekel mit, dass die Berichterstattung jährlich erfolgen soll. Alle Daten, die der LHP vorliegen, können als kommunaler Teil gesondert vorgestellt werden. Er betont, dass die Statistiken zu Wohnungslosigkeit, die es vorher in der LHP gab, mit der jetzt vorliegenden Statistik nicht vergleichbar sind, da diese anders aufgestellt ist.

Des Weiteren macht er deutlich, dass bei rechtzeitiger Kenntniserlangung von einer drohenden Kündigung besser geeignete Hilfen eingeleitet werden können. Dies trifft auch für die Energieversorger zu. Im Arbeitskreis „Wohnungslos“ wird ständig beraten, wie Abhilfe rechtzeitig geschaffen werden können und die Angebote besser angenommen werden.

Frau Schweers ergänzt, dass zu einem Amt zu gehen, immer ein hochschwelliges Angebot ist. Diese Angebote müssen niederschwelliger sein. Hier muss überlegt werden, wie dies anders aufgestellt werden kann.

Im Rahmen der Diskussion wird deutlich, dass das Thema in einer anderen Sitzung oder einem anderen Format intensiver beraten werden sollte. Auch die Sensibilisierung der Gesellschaft und der Wohnungsbauunternehmen wird als sinnvoll erachtet.

zu 8.5 Bericht zum Zweckentfremdungsverbot

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und anhand der als Anlage ausgereichten Präsentation in der nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses thematisiert.

zu 8.6 Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und anhand der als Anlage ausgereichten Präsentation in der nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses thematisiert.

zu 8.7 Sachstandsinformation zum Armutsbericht

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und anhand der als Anlage ausgereichten Stellungnahme in der nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses thematisiert.

zu 8.8 Richtlinie zur Förderung Projekten freier Träger

Frau Meier erinnert daran, dass mit Beschluss 22/SVV/0131 eine Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorgerischer Angebote festgelegt wurde.

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 11.05.2022 beschlossen, aus der Richtlinie zur Förderung Sozial- und gesundheitsfürsorgerischer Angebote mit Stand 2019 die in Punkt 1.2.1 festgelegte Förderhöchstdauer von 3 Jahren zu streichen. Damit wird verhindert, dass 10 der 20 in 2022 geförderte Projekt ihre Förderfähigkeit für 2023 verlieren, sofern diese nicht in eine „institutionelle Förderung“ überführt werden.

Nach der Sommerpause 2022 wird die mit dem Entscheidungsgremium abgestimmte überarbeitete Richtlinie zur Beschlussfassung in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Anfang 2023 sollen die Träger in einer Informationsveranstaltung über die Inhalte und Neuerungen der Richtlinie informiert werden. Die überarbeitete Richtlinie zur Förderung gesundheits- und sozialfürsorgerischer Angebote soll zum 01.01.2024 in Kraft treten.

zu 9 Sonstiges

Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 14. Juni 2022, 18:00 Uhr

Uwe Adler
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin



Landeshauptstadt
Potsdam

Bericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum 2021

Gregor Jekel

Landeshauptstadt Potsdam

Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Bericht zur Zweckentfremdung

Satzung der LHP über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum



Landeshauptstadt
Potsdam

- Am 25.03.2021 veröffentlicht
- Am 30.04.2021 in Kraft getreten
- **Begriff Wohnraum** lt. Satzung:
 - tatsächlich und rechtlich zur dauernden Wohnnutzung geeignet
 - ungebundener und/oder freifinanzierter Wohnraum
- **Arten der Zweckentfremdung:**
 - gewerbliche bzw. berufliche Nutzung über 50 Prozent
 - Fremdbeherbergung über 8 Wochen im Kalenderjahr
 - Leerstand über 6 Monate
 - Wohnraumveränderung mit Verlust der Eignung für Wohnzwecke
 - Beseitigung von Wohnraum
- **„Bestandsschutz“** für bereits vor Inkrafttreten vorgenommene Zweckentfremdung (Fremdbeherbergung und gewerbliche bzw. berufliche Nutzung über 50 Prozent)

- **Genehmigungsfähig**

- Öffentliches Interesse
- Schutzwürdiges privates Interesse
- Ausgleichsmaßnahmen:
 - Ersatzwohnraum und/oder Ausgleichszahlung
- Sonderfälle, z. Bsp. Gästewohnung, Ausweichquartier, Umsetzwohnung, Baubüro, Sozialzwecke

➔ **Möglichkeiten der Befristung und/oder Auflagen**

- **Genehmigungsfrei**

- „Bestandsschutz“:
 - Fremdbeherbergung, wenn Antragstellung bis 31.08.2021 (befristet bis 31.12.2023)
 - gewerbliche bzw. berufliche Nutzung mehr als 50 % (bis Nutzungsende bzw. Beendigung Nutzungsverhältnis)
- Gewerbliche Fremdbeherbergung unter 8 Wochen oder weniger als 50 % der Wohnfläche
- gewerbliche bzw. berufliche Nutzung unter 50 %
- Leerstand unter 6 Monate
- Leerstand über 6 Monate trotz Vermietungsbemühungen
- Untervermietung
- Wohngemeinschaften
- Zweitwohnung
- Werkswohnung

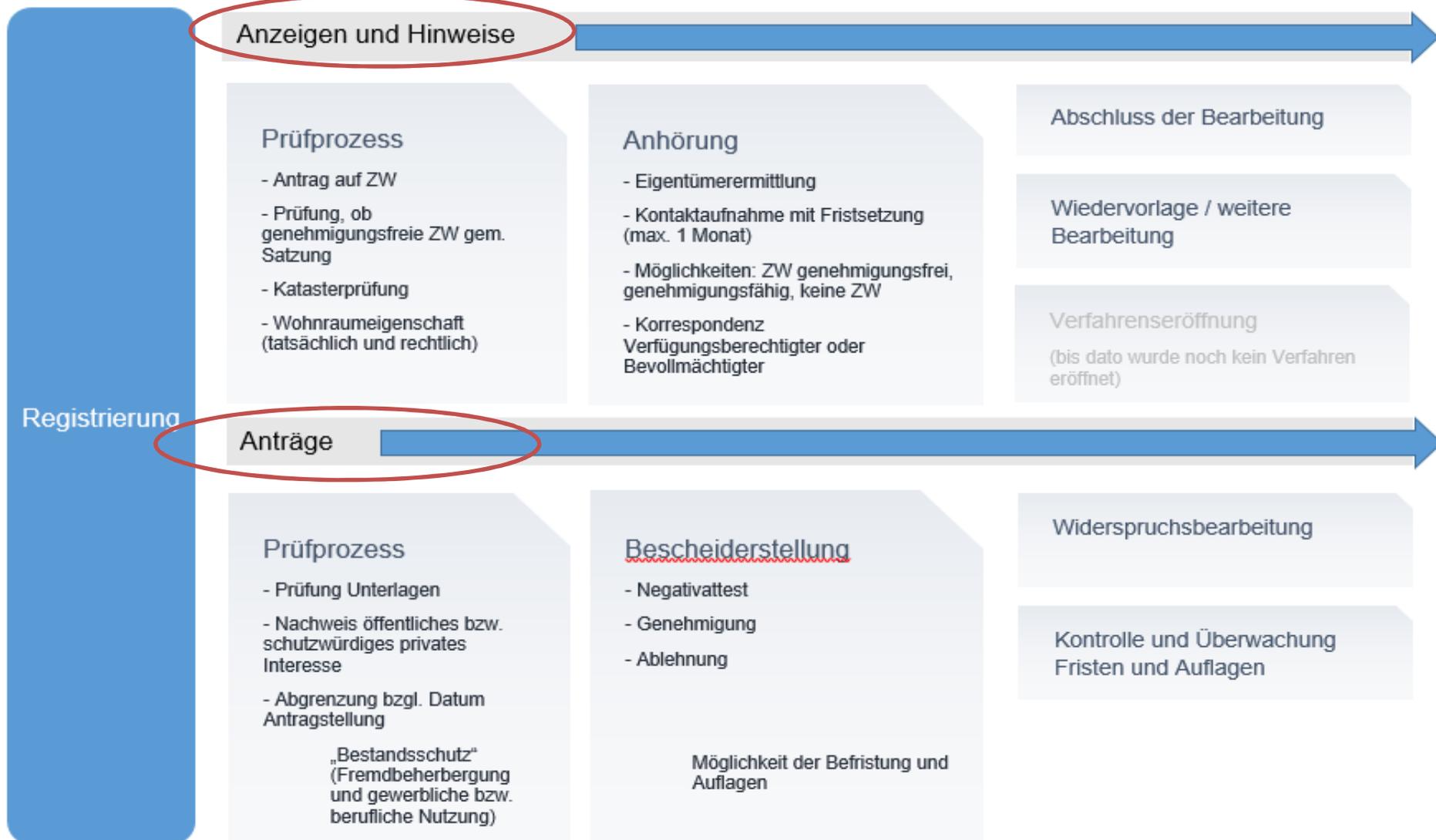
➔ **Negativattest**

Bericht zur Zweckentfremdung

Prozessablaufschemata



Landeshauptstadt
Potsdam



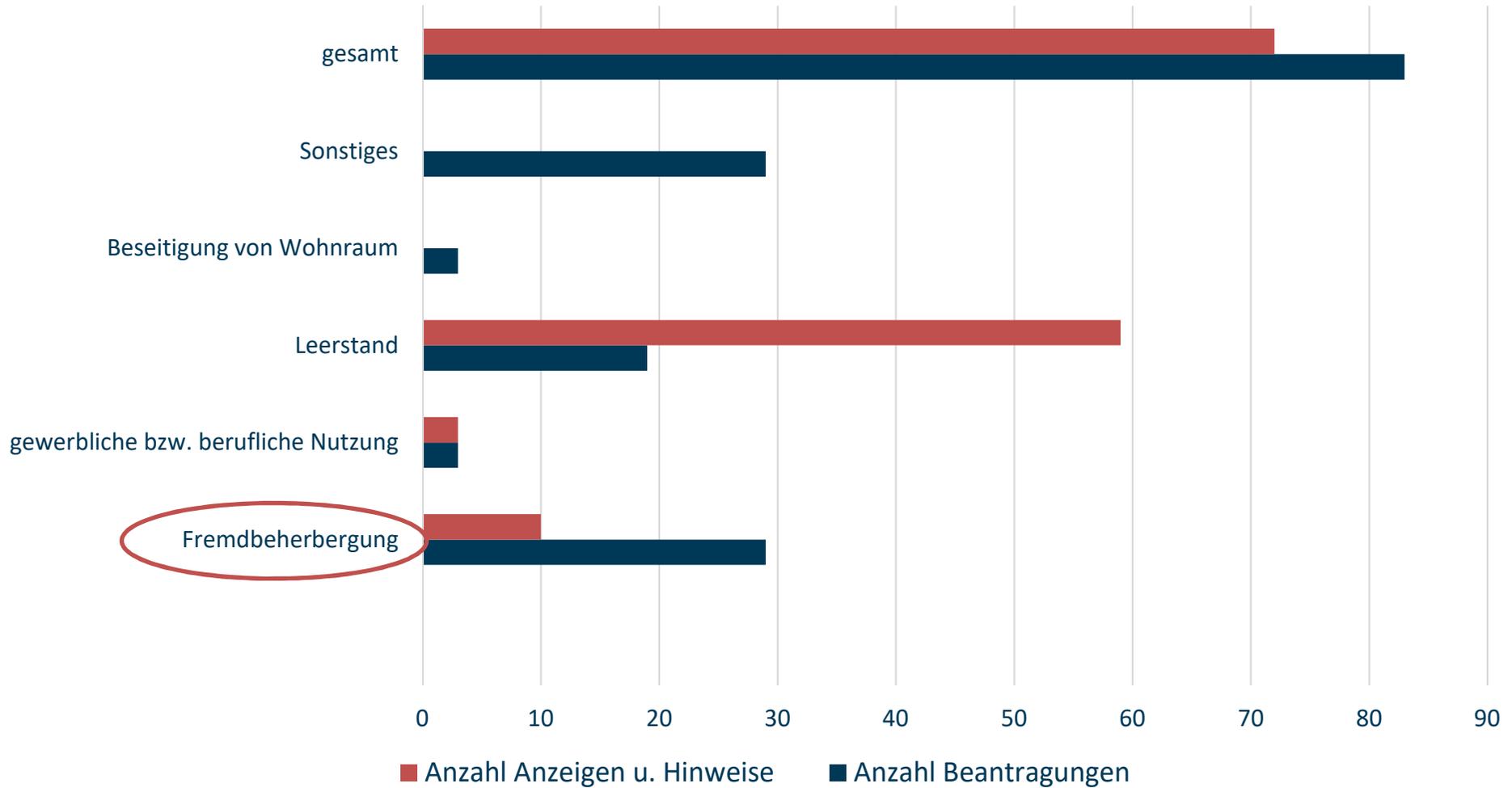
Bericht zur Zweckentfremdung

Vorgänge nach Art der Zweckentfremdung zum Stichtag 25.3.2022



Landeshauptstadt
Potsdam

Anträge vs. Anzeigen und Hinweise nach Art der Zweckentfremdung



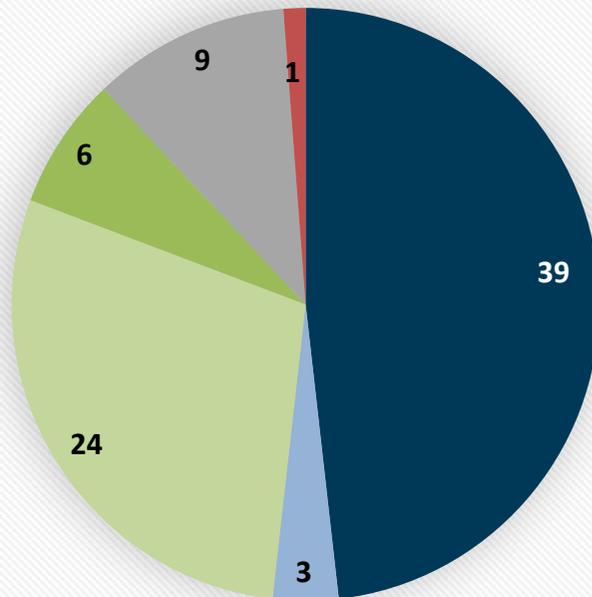
Bericht zur Zweckentfremdung

Bearbeitungsergebnis



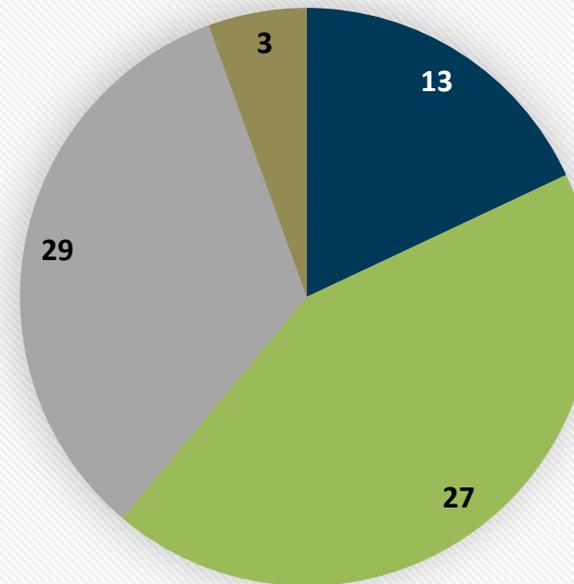
Landeshauptstadt
Potsdam

Bearbeitungsergebnis Beantragungen (Anzahl)



- Genehmigung mit Befristung und/oder Auflage
- Genehmigung ohne Befristung und/oder Auflage
- Negativattest mit Befristung und/oder Auflage
- Negativattest ohne Befristung und/oder Auflage
- Ergebnis ausstehend
- Ablehnung

Bearbeitungsergebnis Anzeigen/Hinweise (Anzahl)



- ZW genehmigt bzw. beantragt
- keine ZW
- Ergebnis ausstehend
- keine Prüfung möglich

- **Corona**
 - Auswirkungen auf die Tourismusbranche durch Eindämmungsverordnungen
 - Weniger Tourismus = weniger Fremdbeherbergungen
 - Auswirkungen auf die Anzahl der angezeigten Fremdbeherbergungen
- **Ukraine**
 - Möglichkeit der Nutzung zur Fremdbeherbergung zweckentfremdeten Wohnraums
 - Einsatz vorhandenen Personals für vorrangige Aufgaben zur Bewältigung der Folgen des Ukrainekriegs



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Gregor Jekel

Landeshauptstadt Potsdam
Fachbereich Wohnen, Arbeit
und Integration

wohnen-arbeit@rathaus.potsdam.de
0331/289-2115

Zwischenstand Erstellung Armutsbericht

Das mit der Erstellung des Potsdamer Armutsberichts beauftragte Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) hat uns am 29.04.2022 fristgerecht nach 12 monatiger Erstellungszeit das Enddokument in Kurz- und in Langfassung übersandt.

Nun werden die Dokumente durch den federführenden Fachbereich 38 geprüft und abgenommen. Ziel ist die Einreichung des Potsdamer Armutsberichts am 14.07.22 (bei Mitzeichnung anderer GBL) bzw. 28.07.22 (ohne Mitzeichnung) bei GB 3 und somit die Einreichung der Mitteilungsvorlage in der Stadtverordnetenversammlung am 07.09.2022.

Die Potsdamer Stadtverordneten waren über den Workshop am 24.11.2021 beteiligt. Ein zweiter Workshop fand am 23.11.2021 mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aus der Trägerlandschaft statt.

Der Bericht ist ein statistischer Bericht, der die Situation bzgl. der Armut in Potsdam beschreibt. Es werden jedoch bereits einzelne Handlungsfelder mit identifizierten Handlungsbedarfen beschrieben.

Das Dokument wird für die Landeshauptstadt Potsdam von großer politischer Bedeutung sein. Der Potsdamer Armutsbericht ist in doppelter Hinsicht wertvoll: Für die Sozialplanung wird der Bericht (im Sinne einer integrierten Sozialplanung) die Sichtbarkeit der Sozialplanung in städtischen Planungen bzgl. sozialpolitischer Themen in Zukunft enorm verstärken.

Zudem wird er auch Richtschnur des Handelns in Bezug zur Armutsbekämpfung und Armutsprävention sein. Der Fachbereich erwägt am Förderprogramm ESF+ (*Stark vor Ort: Soziale Integration von armutsbedrohten Kindern und ihren Familien*) des Landes Brandenburg teilzunehmen und die Mittel u.a. zu nutzen, um Personal zur Erstellung eines Maßnahmenplan/Aktionsplan (Armutspräventionskonzept) einzustellen. Die Stadtverordneten werden darüber in der Folge informiert.

Matthias Gumberger



Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung

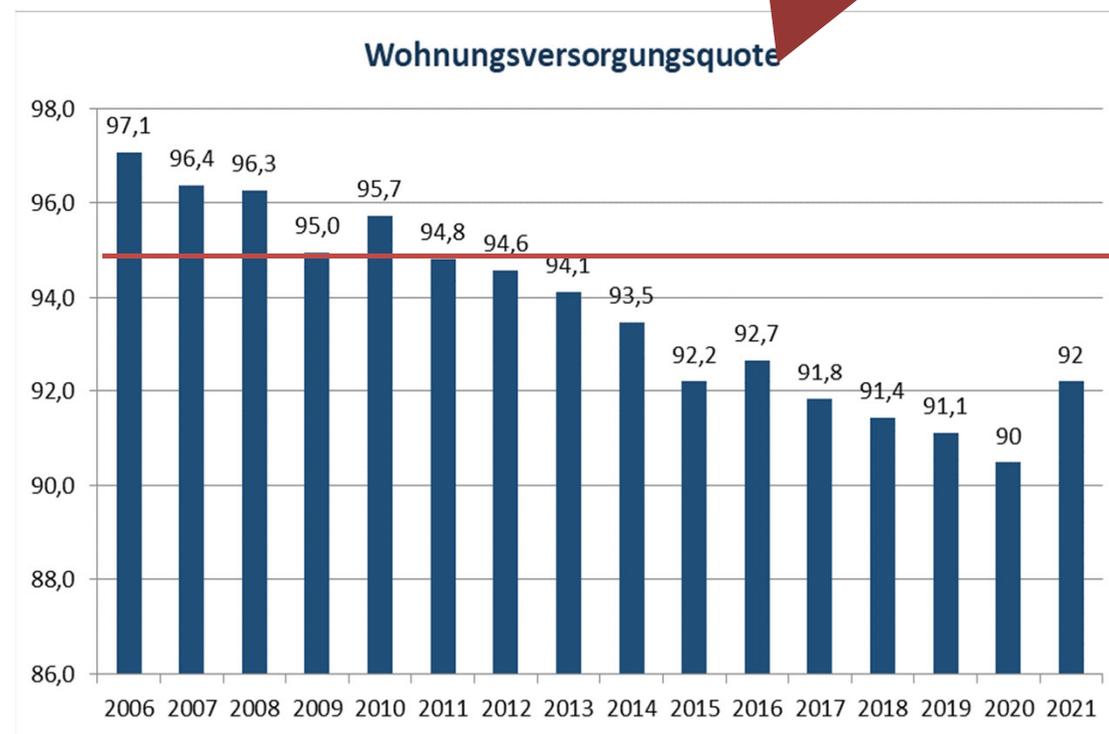
in der Landeshauptstadt Potsdam



Wohnraumversorgungsquote

- Wohnungsversorgungsquote setzt die Anzahl der Wohnungen ins Verhältnis zur Anzahl der Wohnhaushalte
- Trotz vorhandener Neubaupotenziale, wie auch intensiver Neubautätigkeit in den zurückliegenden Jahren, hat sich die Situation der Wohnraumversorgung in den vergangenen 15 Jahren strukturell deutlich verschlechtert
- Das zunehmende Defizit ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Wohnhaushalte seit vielen Jahren stärker wächst als die Zahl der Wohnungen

Zielwert 95,0 %
zuletzt 2010 übertroffen



Wohnungsmarktbeobachtung LHP



Kennzahlen für langfristige (strategische) Ziele

Wohnungen mit Miet-/ Belegungsbindung 2020

- Zentrales Steuerungsinstrument zur Sicherung der Bezahlbarkeit und Grundlage, um neben Vorgaben zur Miethöhe auch Vorgaben zu den Einkommensgruppen machen zu können, an die diese mietpreisgebundenen Wohnungen vermietet werden dürfen
- Künftig gleichmäßigere Verteilung von gebundenem Wohnraum auf das Stadtgebiet angestrebt
- 2020 lag der Anteil der gebundenen Wohnungen bei ca. 5,8 %
- In 13 von 32 Stadt- und Ortsteilen gibt es keine Bindungen (u.a. Berliner Vorstadt, Bornim, Eiche, Fahrland, Marquardt, Neu-Fahrland)

Stadt-/Ortsteil	Wohnungen mit Miet- und Belegungsbindung
13 Bornstedt	484
17 Golm	3
21 Nauener Vorstadt	10
31 Brandenburger Vorstadt	387
32 Potsdam West	185
41 Historische Innenstadt	551
43 Zentrum Ost	563
44 Hauptbahnhof / Brauhausberg Nord	141
52 Babelsberg Nord	162
53 Babelsberg Süd	235
61 Templiner Vorstadt	8
62 Teltower Vorstadt	31
63 Schlaatz	724
64 Waldstadt I	271
65 Waldstadt II	448
71 Stern	574
72 Drewitz	534
73 Kirchsteigfeld	444
86 Groß Glienicke	120
Gesamt	5.875

Quelle: Eigene Darstellung, LHP PIA Daten

Zielwert 10 % gesamt /
mind. 5 % je Stadtteil

Wohnungsmarktbeobachtung LHP

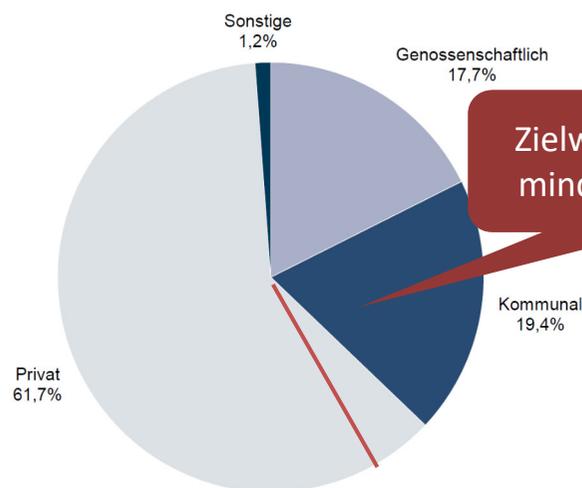
Kennzahlen für langfristige (strategische) Ziele



Landeshauptstadt
Potsdam

Wohnungsbestand nach Eigentümern und Stadtteilen

Wohnungen nach Eigentümern 31.12.2020



Quelle: LHP PIA Daten

- Rund 19 % des gesamten Wohnungsbestandes im Stadtgebiet sind im Eigentum der ProPotsdam, weitere 17 % halten die Wohnungsgenossenschaften

Zielwert 40 % gesamt /
mind. 10 % je Stadtteil

Kommunale und genossenschaftliche Eigentümer nach Stadtteilen

Stadtteile	Anzahl SozWU	%-Anteil SozWU	Gesamt
11 Bornim	4	0,32	1.242
12 Nedlitz	0	0,00	88
13 Bornstedt	1.189	21,34	5.571
14 Sacrow	6	6,59	91
15 Eiche	0	0,00	1.922
16 Grube	0	0,00	175
17 Golm	66	4,31	1.532
21 Nauener Vorstadt	363	16,61	2.186
22 Jägervorstadt	301	18,57	1.621
23 Berliner Vorstadt	26	1,76	1.475
31 Brandenburger Vorstadt	3.089	47,81	6.461
32 Potsdam West	1.640	40,10	4.090
41 Historische Innenstadt	3.237	41,00	7.895
43 Zentrum Ost und Nuthepark	2.437	71,49	3.409
44 Hauptbahnhof und Brauhausberg Nord	355	24,15	1.470
51 Klein Glienicke	2	0,78	256
52 Babelsberg Nord	459	8,03	5.713
53 Babelsberg Süd	1.908	27,63	6.906
61 Templiner Vorstadt	242	38,97	621
62 Teltower Vorstadt	1.129	49,58	2.277
63 Schlaatz	4.704	83,04	5.665
64 Waldstadt I und Industriegelände (seit 2019)	2.141	56,16	3.812
65 Waldstadt II	3.996	68,90	5.800
71 Stern	5.128	54,88	9.344
72 Drewitz	2.139	55,34	3.865
73 Kirchsteigfeld	1	0,04	2.479
81 Uetz-Paaren	8	4,42	181
82 Marquardt	18	3,11	578
83 Satzkorn	4	2,05	195
84 Fahrland	30	1,39	2.161
85 Neu Fahrland	18	2,94	613
86 Groß Glienicke	9	0,47	1.911
Gesamt	34.649	38	91.605

Quelle: Eigene Darstellung, LHP PIA Daten

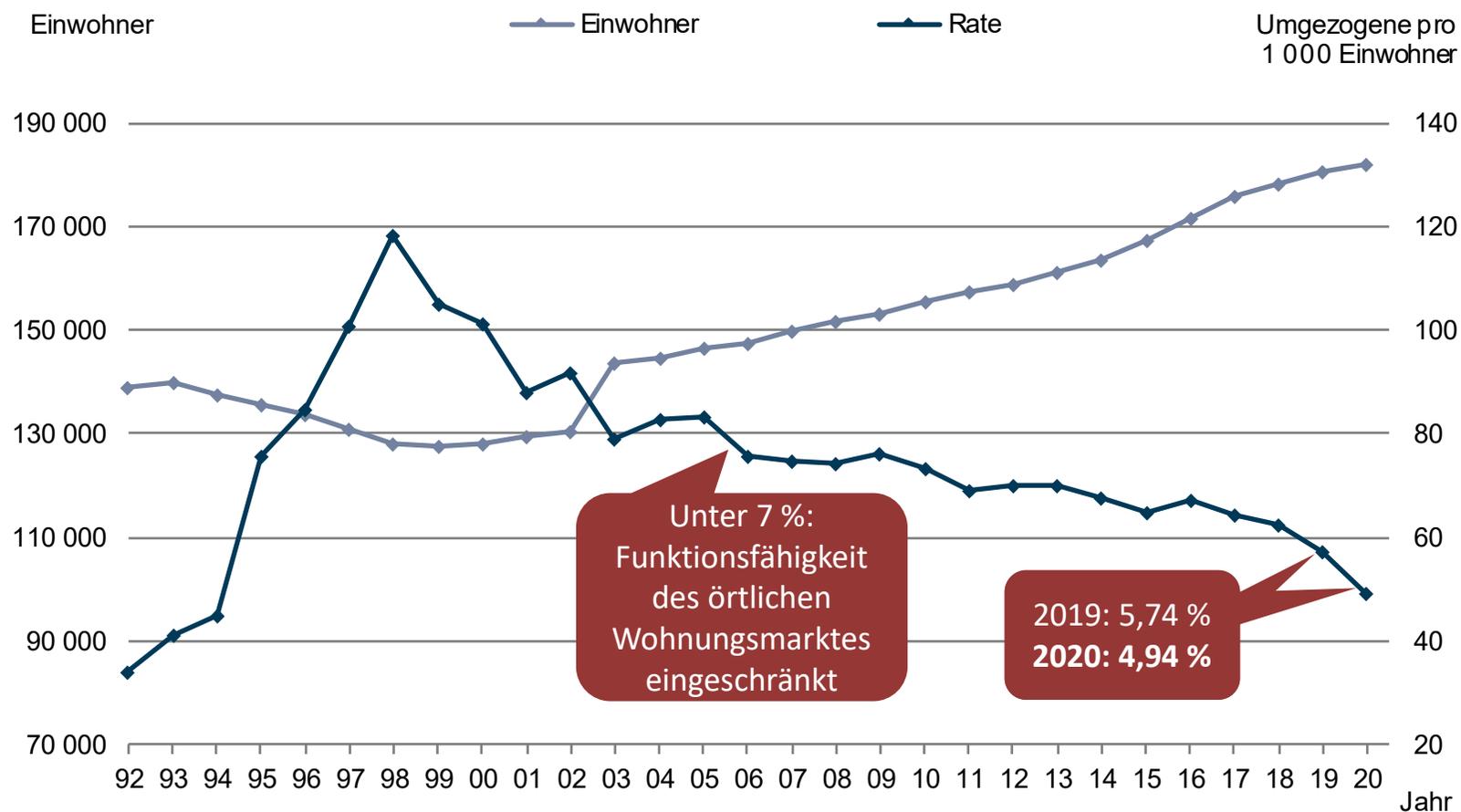
Wohnungsmarktbeobachtung LHP

Kennzahlen für angespannte Wohnungsmärkte



Landeshauptstadt
Potsdam

Umzugsrate und Bevölkerungsentwicklung

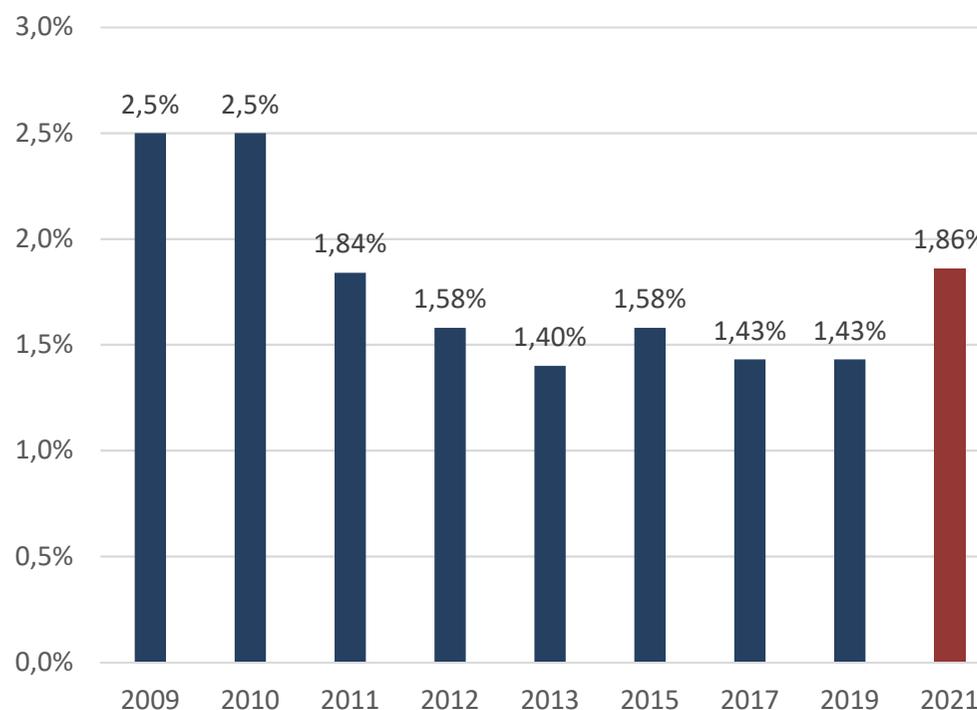


Quelle: Eigene Darstellung? LHP Statistische Jahresbericht 2020

Leerstandsquote

- Leerstand zum Stichtag 31.12.2021 insgesamt: 1,86 Prozent = ca. 1.700 Wohnungen
- Wohnungsleerstand auf dem höchsten Niveau der vergangenen zehn Jahre
- Quote aber weiterhin auf sehr niedrigem Niveau: deutlich unter erforderlicher „Fluktuationsreserve“, von 3 Prozent
- Gilt erst recht für den marktgängigen (vermietbaren) Anteil des Wohnungsleerstands. Hier liegt die Leerstandsquote bei 1,0 Prozent

Leerstandsquote gesamt



Quelle: Eigene Darstellung, LHP PIA Daten

Wohnungsmarktbeobachtung LHP

Bedarfsdeckung durch gebundene Wohnungen

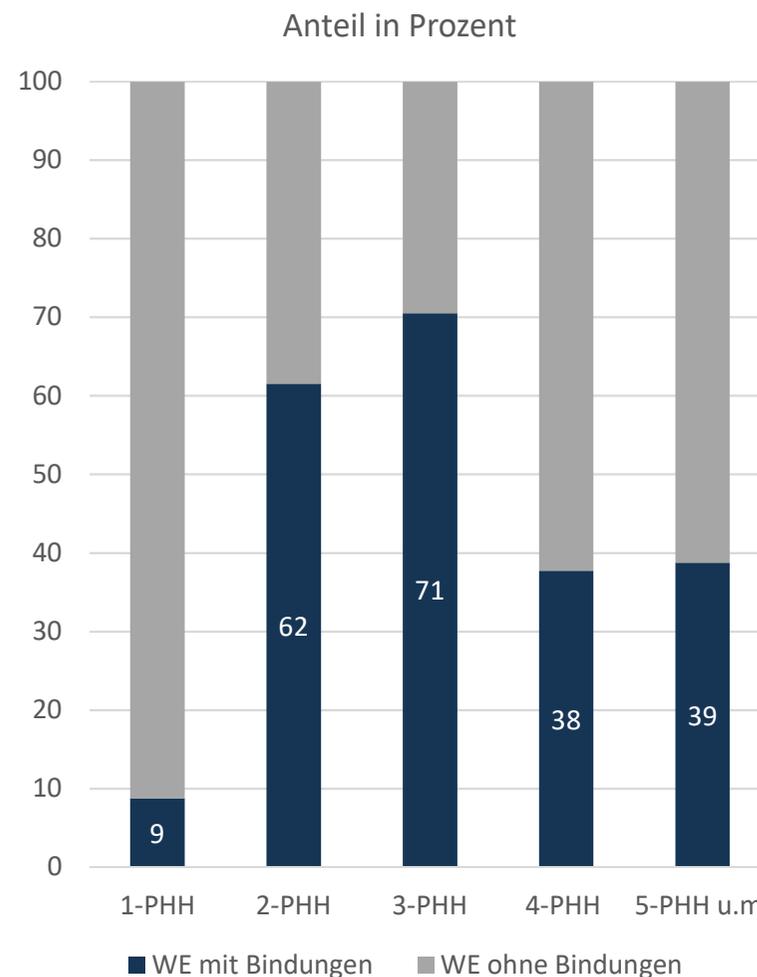


Landeshauptstadt
Potsdam

Beitrag gebundener Wohnungen zur Bedarfsdeckung angemessenen Wohnraums

Insgesamt knapp 6.000 Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen

- Sehr hohe Bedarfsdeckung bei Wohnungen für 2- und 3-Personenhaushalte
- Wesentliche Anteile der Bedarfsdeckung bei Wohnungen für 4- und 5-Personenhaushalte
- Sehr geringer Beitrag zur Bedarfsdeckung bei 1-Personenhaushalten (zugleich größte Bedarfsgruppe)





Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Landeshauptstadt Potsdam
Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
wohnen-arbeit@rathaus.potsdam.de
0331/289-2115



**Strategische Projekte für die Planung
DHH 2023/24
im Geschäftsbereich 3**
gem. Mitteilungsvorlage 22/SVV/0352

**Schaffung von Instrumenten zur Steuerung
des Potsdamer Wohnungsmarktes**
(Projektnr. 3.1-2022)



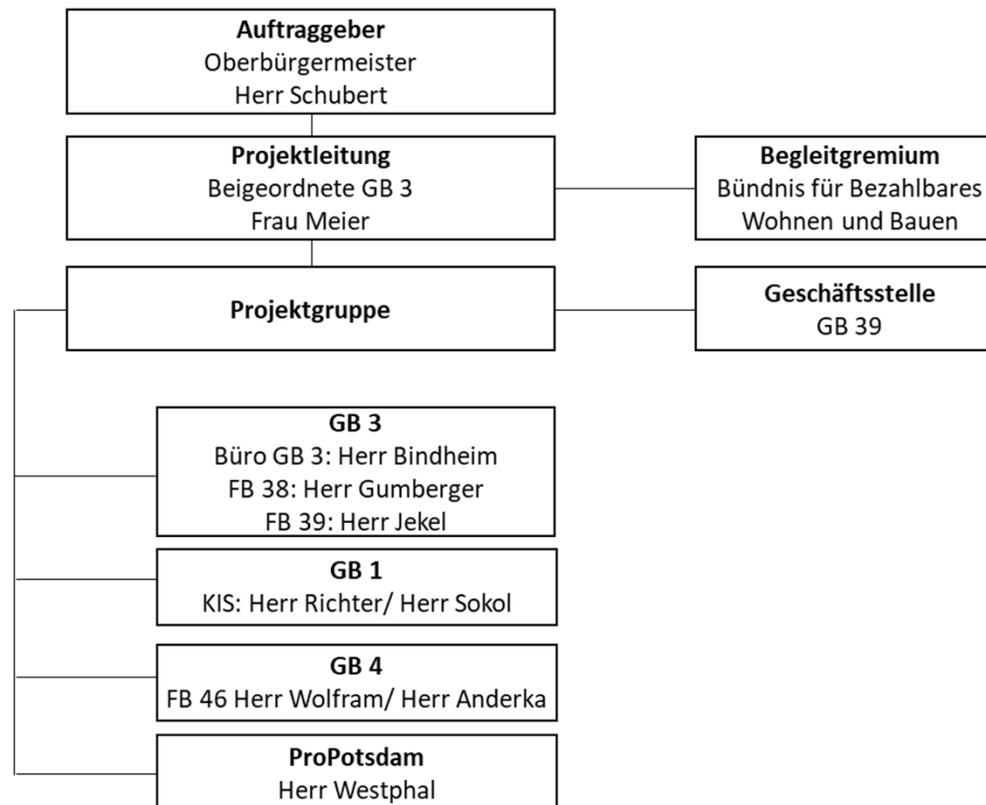
Einordnung in den gesamtstädtischen Strategieprozess

	Leitbild	Gesamtstädtisches Ziel	Strategisches Ziel	Strategisches Projekt	Projektleitung	Projektlaufzeit	Projekttermin
GB 3	Die wachsende Stadt - Potsdam ist eine Stadt mit bezahlbarem Wohnraum.	Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung	Bezahlbarer Wohnraum, Aufenthaltsqualität und gleichwertige Lebensverhältnisse in den Quartieren	Schaffung von Instrumenten zur Steuerung des Potsdamer Wohnungsmarktes durch: Umsetzung des Potsdam Bonus, Soziale Erhaltungssatzungen, Koordinierungsstelle Wohnungstausch, Wohnungsmarktbericht und eine neue Bodenpolitik	Beigeordnete Brigitte Meier	01.04.2020-31.12.2024	3.1-2022

- **Verzahnung von Strategie und Haushalt:**
 - Umsetzung der strategischen Vorgaben der Stadtverordneten aus dem Strategiebeschluss 2020/2021, die nun durch die Geschäftsbereiche mit konkreten Projektvorschlägen unteretzt werden.
- **Politische, wirtschaftliche und strategische Prämissen für die Haushaltsaufstellung 2023/24:**
 - Berücksichtigung innerhalb der Eckwerte der Geschäftsbereiche als vorrangiges Projekt - unter Berücksichtigung der pflichtigen Aufgaben der LHP

Projektstruktur

**Projektorganisation vom Projekt
„Schaffung von Instrumenten zur Steuerung des Potsdamer Wohnungsmarktes“**



Projekthalte – Schwerpunkte im DHH 2023/24

- **ProPotsdam Bonus**
 - Erstellen einer vermierterübergreifenden Vermietungsrichtlinie auf Grundlage des Pilotverfahrens „ProPotsdam Bonus“
- **Soziale Erhaltungssatzungen**
 - Aufbau eines kleinräumigen Monitorings, darauf aufbauend Aufstellen von sozialen Erhaltungssatzungen
- **Weiterentwicklung der Koordinierungsstelle Wohnungstausch**
 - Fortsetzung der Entwicklung und Erprobung von Tauschangeboten
- **Wohnungsmarktbeobachtung**
 - Entwicklung einer indikatorengestützten Wohnungsmarktbeobachtung zurr kontinuierlichen Berichterstattung
- **Neue Bodenpolitik**
 - Fortschreibung des Baulandmodells und der Leitlinie Grundstücksvergabe, Aufbau einer aktiven Liegenschaftspolitik

Ressourcen – einschließlich in den Jahren 2021 und 2022 abgeschlossene bzw. begonnene Teilprojekte

- **Sachkosten** insb. für Vergaben und Zuwendungen zur Fortschreibung des Wohnungspolitischen Konzepts einschl. Wohnungsmarktbeobachtung, Aufstellung von Erhaltungssatzungen, Fortführung der Koordinierungsstelle **2023**: + 580.000,- EUR / **2024**: + 505.000 EUR
- **Personalbedarfe:**

Aufgaben	2023	2024
	VZE insg.	VZE insg.
Projektkoordination Soziales Wohnen	1,00	1,00
Potsdam Bonus	1,00	1,00
Zweckentfremdung	2,00	2,00
Optional: Umwandlungsverbot	1,00	1,00
Soziale Erhaltungssatzung	2,00	2,00
Beschwerde/Widerspruchsstelle	1,00	1,00
Stadtteilarbeit-Quartiersentwicklung	3,00	4,00
Entspricht Personalbedarf von insgesamt	11,00	12,00
Entspricht Personalkosten von insgesamt	rd. 515.000,-	rd. 563.000,-



Potsdam, den 14.06.2022

**Bericht des Migrantenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam
im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Integration**

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration,
Folgende Aktivitäten im Mai und Juni möchten wir hervorheben:

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine leistet der Migrantenbeirat die Unterstützung für die ukrainischen Geflüchteten

Am 19. Mai 2022 - Teilnahme des Migrantenbeirates an der Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Am 21. Mai 2022 - Teilnahme des Migrantenbeirates an der internen Klausurtagung zur Arbeit des Migrantenbeirates als ehrenamtliches Gremium in den kommunalen politischen Strukturen

Am 24. Mai 2022 - Teilnahme in der Veranstaltung „Crashkurs Anti: Diskriminierung in Brandenburg“ in Potsdam.

Am 25. Mai 2022 - Teilnahme des Migrantenbeirates an der offenen Sitzung des Flüchtlingsrates des Landes Brandenburg

Am 11. Juni 2022 - Teilnahme des Migrantenbeirates am Fest „Toleranz bewegt Potsdam - Fest für Solidarität“

Am 05. Juni 2022 - Teilnahme des Migrantenbeirates an der Veranstaltung zur interkulturellen Öffnung der kommunalen Verwaltungsstrukturen. Diese Veranstaltung fand in Berlin statt.

Migrantenbeirat bereitet in diesem Jahre die Kunst Ausstellung „HeimatArt 2022“ vor. Diese Ausstellung findet im Flurbereich des Oberbürgermeisters statt. Gleichzeitig



wird auch im Bürgertreff in der Waldstadt wird eine weitere kleine Kunstaussstellung der Künstlerinnen und Künstler mit Migrationshintergrund eröffnet.

Im Weiteren werden Literaturnachmittage mit den Literaten mit Migrationshintergrund vorbereitet. Der erste findet im Rahmen des Potsdamer Kultursommer im Sans Titre in Zusammenarbeit mit diesem Verein am 21.08.2022 statt.

Zum 30-Jubiläum des Migrantenbeirates in diesem Jahre wird im Rahmen der Potsdamer interkulturellen Woche eine Jubiläumsveranstaltung vorbereitet, die am 1. Oktober 2022 im Bürgerhaus am Schlaatz stattfinden wird.

Die Mitglieder des Migrantenbeirates arbeiten wie jedes Jahr sehr aktiv an der Vorbereitung der diesjährigen Integrationspreisverleihung statt. Die Festveranstaltung findet am 25. September 2022 im Rahmen der Potsdamer Interkulturellen Woche in der Reithalle A in der Schiffbauergasse statt.